

Kehrseite



Waffenexporte endlich stoppen!

● Zum Thema „Rüstungsexporte“ diskutierten Jan von Aken (MdB, LINKE.), Ute Finckh-Krämer (MdB, SPD) und Christiane Hoffmann (Pax Christi) am Mo, 12. Juni 2017 im Rathaus Zehlendorf, moderiert durch die Stellv. Kreisvorsitzende der SPD Franziska Drohsel. Im Zentrum stand die Frage, wie wir zu einem wirksamen Waffenexportverbot kommen können. In der lebendigen Debatte wurde die Notwendigkeit eines Rüstungsexportgesetzes deutlich, das keine Ausnahmen für Kriegswaffenexporte mehr zulässt. Der Grund: die sogenannten Kleinwaffen sind die modernen Massenvernichtungswaffen unserer Zeit; ca. 80% aller Kriegstoten und -verletzten gehen auf ihr Konto. Und gerade bei diesen Waffen boomt die deutsche Rüstungsindustrie. Gegenüber 2015 stiegen die Exportgenehmigungen für diese Kriegswaffen um 50 Prozent. Mit ihnen ist Deutschland an allen Konflikten dieser Welt beteiligt. Sie werden – wie z. B. das berühmte G36-Sturmgewehr – meist sogar von allen Konfliktseiten eingesetzt. Transparenz über die Exporte allein reicht nicht aus, es braucht endlich ein effektives Kleinwaffenexport-Verbot! Außerparlamentarische Akteure wie die „Aktion Aufschrei“ üben wichtigen Druck auf den Bundestag aus, Waffenexporte endlich wirksam zu stoppen! Ziel muss es sein, parteiübergreifend für ein Kleinwaffenexportverbot zu kämpfen! Die LINKE. ist dabei!



Rechts: Ute Finckh-Krämer (MdB, SPD), halbrechts: Christiane Hoffmann (Pax Christi)
Jan von Aken (MdB, LINKE.), links: Moderatorin: Franziska Drohsel, Stellv. Kreisvorsitzende der SPD- SZ

Inhalt dieser Ausgabe

- Waffenexporte endlich stoppen! – 1
- Editorial – 2
- 2017 – Gedenkfeier zum Tag der Befreiung vom Faschismus – 3
- Schulsanierung – 3
- Die Linksfraktion muss jetzt liefern – 4
- Die schwarze Null – 5
- Schöner Wohnen? – 6
- Kein Ehrengrab ... – 7
- Der 2. Juni – Mord an Benno Ohnesorg – 8
- Geld regiert die Welt – auch in Lichterfelde-Süd? – 9
- Die AfD-Fraktion in Steglitz-Zehlendorf – 10
- Tausche Grundgesetz gegen Finanzspritzen – 11
- Arme Ursula – 12
- Populismus – dem Markt aufs Maul geschaut – 13
- Selbstverstümmelung – 15
- Zitate, Termine – 16



Liebe Leserinnen und Leser!

● In diesem Jahr feiert die Welt einen der größten Komponisten der Musikgeschichte: Claudio Monteverdi! Er wurde 1567, also vor 450 Jahren, in Cremona getauft. Mit seiner Oper „L'Orfeo“ und der Marienvesper legte er zwei der größten Kunstwerke der Menschheit vor. Musik und Text seiner Werke bringen den unbändigen Wunsch nach Frieden zum Ausdruck. 1610 wurde das Leben in Europa noch weitgehend durch die Schrecken des Mittelalters terrorisiert. Doch mit seinem unüberhörbaren Plädoyer für eine alles Trennende überwindende Menschlichkeit verkündete Monteverdi die Hoffnung auf eine sich zum Besseren verändernde Welt. Diese Hoffnungen wurden wenig später auch von deutschen Komponisten wie Heinrich Schütz und vor allem von Johann Sebastian Bach aufgenommen.

Doch nur acht Jahre später, 1618, begann der Dreißigjährige Krieg. Als er 1648 zu Ende ging und große Teile Europas in Trümmern lagen, entstand eines der schönsten volkstümlichen Kirchenlieder. Der aus 15 Strophen bestehende Text aus der Feder Paul Gerhards beginnt so: „Geh' aus mein Herz und suche Freud' in dieser lieben Sommerzeit...“ Das Lied fordert zur Betrachtung der sommerlichen Natur und zur Bewunderung ihrer Schönheit auf. Vor allem aber ist es durchdrungen vom Wunsch nach Harmonie zwischen Mensch und Natur. Wenn wir die folgenden Jahrhunderte durchlaufen und auf die Arbeiten aller Kunstgattungen schauen, stellen wir fest, dass die bedeutendsten Meisterwerke vom Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben aller Menschen beseelt sind („Seid umschlungen, Millionen“).

Doch je leidenschaftlicher dieser Wunsch formuliert wurde, desto eifriger haben sich die Staatsführer damit beschäftigt, ihre Probleme vorwiegend mit Gewalt zu lösen. In ihrem Denken und Handeln über die Jahrhunderte hinweg – bis auf den heutigen Tag – schlug die *Hochachtung* vor dem künstlerischen Schaffen und seinen vom ihm ausgehenden Botschaften stets in pure *Verachtung* um. Dieser Widerspruch muss doch eigentlich jeden Menschen fassungslos machen. Aber was folgte daraus? Diese Frage stellen, heißt immer wieder zu versuchen, ihn zu erklären und zu überwinden.

„Die Geschichte aller bisherigen ...

... Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Dieser Satz steht im Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels. Der Plural ist wichtig. Die Autoren sagen damit, dass sie den Klassenkampf nicht nur als Konflikt zwischen Kapital und Arbeit verstehen, sondern ihn als Bedingung des gesamten historischen und gesellschaftlichen Prozesses interpretieren. Zwar geht es stets um Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, doch haben sich diese auf den verschiedensten Ebenen ausgedrückt: als Kampf eines ganzen Volkes gegen

seine Bestimmung, zur Sklaverei verdammt zu sein, als antikolonialer Widerstand, als Kampf gegen die Unterdrückung der Rassen, als Kampf gegen nationale Bevormundung bzw. für staatliche Unabhängigkeit.

Seit einem Vierteljahrhundert haben die USA gemeinsam mit ihren Nato-Verbündeten Kriege zum Alltagsgeschäft gemacht, um unter dem Vorwand der selbst auferlegten Schutzverantwortung die Welt zu ihren Bedingungen neu zu ordnen. Von ihren weltweit errichteten 1000 Stützpunkten aus wird jede militärische Intervention gesteuert und als humanitäre Mission unter Hinweis auf die westlichen Werte verkauft. Aber erst vor wenigen Wochen hat der amerikanische Außenminister Rex Tillerson verkündet, dass die USA ihre Außenpolitik nicht länger mehr nach ihren Werten, sondern nur noch nach ihren Interessen ausrichten. Es darf gelacht werden. War es denn je anders?

Wertlos – „Merken Sie sich das“

Schon im April 1945, also noch vor der Kapitulation des faschistischen Deutschland, fasste Außenminister James Byrnes die Programmatik seiner Regierung in die Worte: „Was wir tun müssen, ist, nicht die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicher zu machen.“ Und Egon Bahr hat wenige Jahre vor seinem Tod Heidelberger Schüler der Friedrich-Ebert-Stiftung mit diesem Satz schockiert: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie und Menschenrechte. Es geht um die Interessen der Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“ Kleiner Einwand: Es sind nicht Staaten schlechthin, es sind die Staaten im Dienst des einen Prozent Wohlhabenden, die ein Nettovermögen angehäuft haben, das größer ist als das der übrigen 99 Prozent. Es wird Zeit, dass sich diese 99 Prozent nicht länger mehr der Erkenntnis verschließen, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise keine Zukunftsfähigkeit besitzt, sie letztlich nicht reformierbar ist. Erst wenn die große Mehrheit aufbegehrt und nicht mehr zulässt, dass das eine Prozent bei der Verfolgung seiner Interessen buchstäblich über Leichen geht, gibt es die Hoffnung, die schon Monteverdi in Ton und Text setzte, die Hoffnung auf einen Weltzustand, in dem es gerecht zugeht und Frieden herrscht.

Die Redaktion ●



2017 – Gedenkfeier zum Tag der Befreiung vom Faschismus

● Der Verein „Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde e. V.“ veranstaltete an der „Säule der Gefangenen“ in Berlin-Lichterfelde, dem Standort eines Sachsenhauener KZ-Außenlagers, Wismarer Str. 26 – 36, eine beeindruckende Gedenkveranstaltung aus Anlass des „Tages der Befreiung“ am 8. Mai 1945. An der Feierstunde nahmen Opfer des Faschismus, zahlreiche Vertreter von Botschaften, Vertreter von Opferverbänden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil und legten Kränze und Blumen nieder. Auch die Parteien ehrten die Opfer und legten Blumengebinde nieder, von der LINKEN die Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau und Bezirksvorsitzende Franziska Brychcy. Wie immer nahmen Schülerinnen und Schüler der Fichtenberg-, Beethoven- und Louise-Schröder-Schule teil. Schüler und Schülerinnen des Beethovengymnasiums musizierten und sangen zum Schluß das Lied von den Moorsoldaten. Redner waren u.a. Thomas Schleissig-Niggemann, 2. Vorsitzender der Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde e.V., der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Ralf Wieland, eine Schülerin des Fichtenberggymnasiums und Frau Irmela Mensah-Schramm, die seit vielen Jahren Hass-Schmierereien im öffentlichen Raum dokumentiert und beseitigt.

Leider aber unvermeidlich nimmt die Zahl der Zeitzeugen jährlich ab. Umso erfreulicher ist die zuneh-



mende Zahl junger Menschen, die an der Feierstunde aktiv teilgenommen haben. Allein ihre Anwesenheit ist ein Zeichen, dass die antifaschistische Gesinnung in der nachfolgenden Generation einen immer wichtigeren Platz einnimmt.

Eberhard Speckmann ●

Schulsanierung

● Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf hat mit Abstand die meisten sanierungsbedürftigen Schulgebäude in Berlin. Nach Erhebung des Senats liegt ein Drittel der maroden Berliner Schulen in unserm Bezirk, z.T. Gebäude, die schon über 100 Jahr alt sind mit feuchten Kellern, brüchigen Dächern, gefährlichen Turnhallen, jämmerlichen Toiletten, um nur einiges zu nennen. In den 70er Jahren durfte man in Westberlin seine Klassen nicht in Eigeninitiative renovieren, sondern das musste fachgerecht von Malerbetrieben gemacht werden. Danach konnte Eltern und Schüler plötzlich kreativ übertünchen, was sie wollten, das war ja auch billiger, aber jetzt ist mehr als Tünche nötig!

Um diese umfangreiche Aufgabe im Bezirk zu stemmen, hat die Linke am 17. Mai 2017 einen Antrag in die BVV eingebracht, für die 10 Schulen mit dringendstem Sanierungsbedarf einen Sonderausschuss Schulsanierung zu bilden, in dem fraktionsübergreifend ein Sanierungskonzept erarbeitet werden sollte. „Weitere Jahre des Durchwurschtelns sind den Schulen im Bezirk nicht mehr zuzumuten“, hieß es in der Pressemitteilung der Linksfraktion. Und was machte die BVV am 17. Mai? Ohne Diskussion lehnten CDU, SPD, Grüne und AfD den Antrag kurzerhand ab.

Das macht deutlich, dass man keine Öffentlichkeit will, sondern bei ca. 400 Millionen € Investitionsbedarf lieber hinter den Kulissen mauschelt.

Dass bisher nur mit größtem Druck eine Renovierung im CDU-Bezirk durchsetzbar war, zeigt die Fichtenberg-Oberschule, deren Direktor erst eine Sanierung erreichte, nachdem ihm von oben die Decke auf den Schreibtisch fiel und die Presse die Angelegenheit aufnahm.

Lore Nareyek ●



Baustelle Fichteberg-Gymnasium

Artikel aus dem „Tagesspiegel“ (Online) vom 02.06.2017

Neu in der BVV Steglitz-Zehlendorf Die Linksfraktion muss jetzt liefern

von Annett Kirchner

Nachdem sie in die BVV Steglitz-Zehlendorf gewählt wurde, will die Linksfraktion ihre Themen auch durchsetzen: Schulsanierung, bezahlbarer Wohnraum, attraktiver öffentlicher Nahverkehr.



(von links:) Hans-Walter Krause, Gerald Bader und Mathias Gruner sitzen im Fraktionsbüro der LINKEN.

Wenn Gerald Bader (Linke) an den mit großer Mehrheit in der Mai-Sitzung der BVV abgelehnten Antrag seiner Fraktion zur Bildung eines Sonderausschusses für Schulsanierung in Steglitz-Zehlendorf denkt, sitzt er plötzlich aufrecht. Der sonst eher zurückhaltende Typ spricht hierzu klare Worte. „Dass der Antrag ohne Überweisung in einen Ausschuss und ohne Diskussion zur Abstimmung kam, zeigt, dass die Idee schnellstmöglich und unauffällig abgewickelt werden sollte“, erklärt er.

Eine herbe Niederlage, aber auch ein Lernprozess für die junge und derzeit kleinste Fraktion in der BVV von Steglitz-Zehlendorf. In dieser Legislatur sind die LINKEN zum ersten Mal als Fraktion hier im Bezirkssparlament vertreten.

Und so mischen sich in Enttäuschung und Ärger zugleich auch Angriffslust und Tatendrang. „Wir wurden gewählt, jetzt müssen wir liefern“, sagt Fraktionsvorsitzender Bader und lehnt sich wieder in seinen Stuhl zurück. Der 49-jährige studierte Sozialpädagoge ist in Wannsee aufgewachsen, wo er heute auch wieder wohnt. Sein Studium finanzierte er sich als Pfleger in Krankenhäusern und Altersheimen. Später arbeitete er lange mit behinderten Menschen. Die Themen, um die er sich hauptsächlich in der BVV kümmert, kommen deshalb aus den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales.

In Bezug auf den Sonderausschuss für Schulsanierung bleibt Gerald Bader bei seiner Forderung. Damit könne man den Bürgern signalisieren, dass das Thema ganz oben auf der Agenda im Bezirk steht. Es könnten Kräfte gebündelt, Experten, Schulleiter und

Eltern eingeladen werden. Zugleich würde der Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur von diesem übergroßen Thema entlastet.

So will seine Fraktion noch einen weiteren Anlauf nehmen, möglicherweise einen Gemeinschaftsantrag mit anderen Fraktionen. Denn im persönlichen Gespräch nach der letzten BVV-Sitzung, etwa mit Vertretern von SPD und Grüne, die den Antrag zuvor abgelehnt hatten, sei aufgefallen, dass es durchaus Befürworter der Idee gebe. Ihre Entscheidung hätten sie unter anderem gerechtfertigt mit: „Wir haben uns nicht ausreichend mit dem Antrag beschäftigt.“

Und genau in diesem Punkt, im politischen Miteinander in der BVV, sehen die drei LINKEN – Gerald Bader, Mathias Gruner und Hans-Walter Krause – ein Problem. „Vielleicht hatten wir hier zu idealistische Vorstellungen“, geben sie zu.

Hinter den Kulissen seien alle freundlich und zugänglich, anders dann in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Manche Anträge, die ihrer Ansicht nach diskussionswürdig seien, würden abgewickelt, hingegen andere, die weniger komplexe Themen behandelten, in so viele Ausschüsse wie möglich verschoben. Damit wolle man wohl Zeit gewinnen, glauben sie. „Das ist ein destruktiver Politikstil und lähmt die Arbeit der BVV“, erklärt Hans-Walter Krause.

Beispiel: ein Antrag, dass rund 25 Prozent mehr Stühle für Besucher der BVV-Sitzungen in den Ratssaal gestellt würden. Das sei notwendig, weil viele Bürger, die die Sitzung besuchen, mitunter stundenlang stehen müssen. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Hochbau überwiesen. „Das ist eine Politposse“, ärgert sich Krause und lacht laut. Doch es ist kein fröhliches Lachen, eher ein bitteres, ein verachtend klingendes. Denn eine Diskussion sei hier bei dem Thema überflüssig. „Entweder man ist dafür oder dagegen, Stühle gibt es genügend, das kostet doch nichts.“

Hans-Walter Krause, 58 Jahre alt, kommt ursprünglich aus Solingen, lebt seit 1991 in Berlin, seit sieben Jahren in Steglitz-Zehlendorf. Bevor der Diplom-Sozialarbeiter sich bei den LINKEN engagierte, war er in den 1980er Jahren in seiner Heimatstadt bei den Grünen politisch aktiv, unter anderem als Mitglied im Solinger Stadtrat.

Auch bezahlbarer Wohnraum ist ein Thema

Jetzt in der BVV-Fraktion hier im Bezirk kümmert er sich beispielsweise um die Bereiche Integration, Naturschutz, Schule, Bildung und Kultur. Das dritte und mit 29 Jahren jüngste Fraktionsmitglied ist Mathias Gruner. Er ist in Neuhaus (Thüringen) aufgewachsen

und lebt seit 2008 in Berlin. An der Freien Universität (FU) studierte er Chemie, arbeitet jetzt aber als Bundesfreiwilliger in einer Einrichtung für körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen. Er kümmert sich in der BVV unter anderem um die Bereiche Bauen, Stadtplanung, Ordnung und Verkehr.

Neben der schnellen Schulsanierung gibt es zwei weitere Schwerpunktthemen, der sich die Linksfraktion annehmen möchte: sich für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, wie etwa für die Wiederinbetriebnahme der Stammbahn einzusetzen und für bezahlbaren Wohnraum zu kämpfen.

Allen voran fällt ihnen da das Bauvorhaben in Lichterfelde-Süd auf dem ehemaligen Militärgelände „Parks Range“ ein. Hier plant die Groth-Gruppe etwa 2850 Wohneinheiten. Laut der Linksfraktion seien 25 Prozent für 8,50 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete, der Rest für 11,50 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete sowie als Eigentum vorgesehen. Zu wenig bezahlbarer Wohnraum, finden sie.

„Selbst die 8,50 Euro sind viel zu teuer für Menschen, die Lohnersatzleistungen oder eine niedrige Rente bekommen“, erklärt Mathias Gruner. Außerdem finde er es ungerecht, dass die Wohnungen mit niedrigeren Mietpreisen meist eine unattraktive Lage

hätten, etwa zur Straße hinaus oder mit Aussicht auf eine Lärmschutzwand. Es ist zu spüren, wie nah ihm das Thema geht, denn er redet sich regelrecht in Rage. Gruner habe viel mit Zurückgelassenen zu tun und er selbst sei in einfachen Verhältnissen aufgewachsen.

Deshalb wolle sich seine Fraktion dafür einsetzen, dass die Menschen, die in der so genannten Thermometersiedlung wohnen, also in unmittelbarer Nähe zu dem geplanten neuen Wohngebiet, nicht zurückgelassen werden. Gruner schlägt vor, das Gebiet unter Milieuschutz zu stellen, es als soziales Erhaltungsgebiet auszuweisen. Dann wäre die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig und auch für Sanierungsmaßnahmen und andere bauliche Veränderungen bräuchte der Eigentümer jeweils eine Genehmigung.

Es mangelt ihnen also offenbar nicht an Ideen. Die drei neuen Fraktionäre scheinen in der BVV von Steglitz-Zehlendorf angekommen zu sein. Zwar hat es ein wenig gedauert, wie sie selbst zugeben, „aber jetzt sind wir da.“ Und dann verraten sie noch, welches Image ihnen ganz gut gefallen würde: „wenn wir als soziales Gewissen in der BVV wahrgenommen werden.“

Die schwarze Null

● Wenn von der schwarzen Null die Rede ist, ist weder Angela Merkel noch Finanzminister Schäuble gemeint. Die Metapher soll vielmehr darauf hinweisen, dass der Bundeshaushalt zum wiederholten Male – ohne neue Schuldenaufnahme auskommt. Dieses Ereignis gilt als die herausragende Leistung von Finanzminister Schäuble. Die Wahrheit ist, wenn es überhaupt einen „Helden“ in dieser Angelegenheit gibt, so heißt der gewiss nicht Schäuble!

Mario Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) hat – gegen den Widerstand von Schäuble und Bundesbankchef Weidmann – den europäischen Geldmarkt zur Euro-Rettung und zur Wirtschaftsankurbelung mit billigem Geld geradezu geflutet. Monat für Monat wurden/werden von der EZB für 60 Mrd. Euro Anleihen aufgekauft und dem Finanzmarkt zur Verfügung gestellt. Geld ist so billig wie noch nie, Zinsen dagegen sind – jedenfalls in Deutschland – im Keller. Die Bundesregierung hat auf diese Weise von 2009 bis 2014 – wie das *Kieler Institut für Weltwirtschaft* errechnet hat – allein 100 Milliarden Euro an fälligen Zinsen eingespart. (*Zinseinnahmen* abgerechnet, bleibt immer noch ein Ersparnis – Gewinn von 60 Mrd. Euro). „Die schwarze Null war eine reife Frucht, die Finanzminister Schäuble einfach in die Hände gefallen ist“, sagt Jens Boysen-Hogrefe vom Kieler Institut.

Während Anleger in Deutschland inzwischen Kapital zur eigenen Absicherung zinsfrei oder mit negativ-

Zinsen bunkern, müssen Griechenland und andere hochverschuldete europäische Staaten weiterhin ihre Wirtschaft durch hohe Zinslasten schwächen. Der Vorwurf, sie wollten oder könnten einfach nicht sparen, hat etwas Perfides. Deutschland ist das einzige Land, das aus der Krise auf vielfältige Weise Nutzen gezogen hat. Deutschland ist der Krisengewinner Europas – auf Kosten der übrigen Staaten.

Das heißt natürlich nicht, dass für die Daumenschrauben, die Griechenland und anderen angelegt wurden, im Inneren keine Verwendung wäre. Der Überschuss von 6,2 Milliarden im Bundeshaushalt des vergangenen Jahres erklärt sich *auch* mit der restriktiven Ausgabenpolitik der großen Koalition. Für Wohnungsbau, Schulsanierung und andere soziale Infrastrukturmaßnahmen wurde mit dem Hinweis auf die „Schuldenbremse“ erheblich zu wenig Geld ausgegeben. Die auch im internationalen Vergleich viel zu geringen Investitionen des deutschen Staates nützen der Exportpolitik, aber nicht den Bürgern des Landes. Mit anderen Worten, die Deckelung der Staatsausgaben trifft wie immer in erster Linie den „hart arbeitenden kleinen Mann“, um den es in den anstehenden Wahlen gehen soll. In diesem Zusammenhang ist nicht zu vergessen: Die schleichende Entwertung der Sparguthaben kommt einer gigantischen Enteignung der Sparer gleich. Für die ist im Grundgesetz leider keine Entschädigung vorgesehen.

Schöner Wohnen?

Soziale Kahlschlagsanierung in Lankwitz

● Ein glückliches Händchen in städtebaulichen Dingen kann man unserem Bezirk kaum nachsagen. Die Dramen reichen von den unsäglichen Verwüstungen ehemals gefeierter Gebäude wie Bierpinzel und Kreisel über die absichtliche Verwahrlosung kommunalen Hauseigentums und hören mit der leichtfertigen Vernichtung wertvoller Grünflächen nicht auf. Die Liste der städtebaulichen Sünden ist lang in Steglitz-Zehlendorf und es besteht Anlass zur Sorge, dass Schwarz-Grün beabsichtigt, sie zu verlängern. Denn hier ticken die Uhren nicht wie in anderen Bezirken. Hier wird zwar auch gebaut, was das Zeug hält. Aber der dringlichst gesuchte soziale Wohnungsneubau ist kaum zu finden. Wichtigste Bauherrschaft zum Beispiel in Lankwitz ist die DeGeWo, mit ihren rund 75.000 verwalteten Wohnungen Berlins wohl größte landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, die allein im Areal zwischen Kaiser-Wilhelm-Straße und Gallwitzallee für rund 1.500 Wohnungen zuständig ist. Alle erbaut in den 30-igern und 50-igern, allesamt mit hohem Sanierungsbedarf.

Die Arbeiten am Hochhaus Havensteinstraße 20/22, dessen Modernisierung vollmundig als ‚Zukunftshaus, Pilotprojekt mit Modellcharakter für die ganze Siedlung‘ annonciert wurde, sind inzwischen abgeschlossen. Reingebastelt, nachdem sämtliche



Baustelle Ursulastraße. Hier war mal ein Park

Mieter raus waren, wurde mit größtmöglichem Aufwand so ziemlich alles, was Energieeinsparverordnung und KfW Banken finanziell bezuschussen. Von außen allerdings ist nur ersichtlich, dass zusammen mit den ursprünglich geplanten vertikalen Photovoltaikpanels wohl auch jeglicher ästhetische Anspruch weggefallen ist. Ein Pilotprojekt, wie die DeGeWo stolz behauptet, mag es in technischer Hinsicht vielleicht geworden sein. Aber eine Modernisierung bewohnter Häuser, die die vorhandenen Mieter wie eine verschiebbare Masse umsiedelt, sollte wirklich nicht mit dem Prädikat ‚modellhaft‘ veredelt werden dürfen.

Steuerungsmöglichkeiten durchsetzen!

Tatsächlich ist hier, mitten im baulichen Ensemble, ein absolut unerfreuliches Negativbeispiel zu allen bisher anerkannten städtebaulichen Standards entstanden: Beim Bau der beiden neuen Hochhäuser an der Ursulastraße wurden nicht nur mit bezirksamtlichem Segen die Vorgaben des gültigen Bebauungsplans komplett ignoriert und dem wertvollen, alten Parkbaumbestand der Garaus gemacht. Auch die Vereinbarungen des Kooperationsvertrags zwischen Senat und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wurden äußerst seltsam interpretiert, denn Sozialwohnungen sucht man auch hier vergebens.

Wenn heute, fast 60 Jahre nach den Golden Fifties des sozialen Wohnungsbaus, eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft unbehelligt und mit Deckung fast aller Politiker anstatt ganzheitlich zu sanieren, sozialen Kahlschlag betreiben darf, dann hat hier tatsächlich eine gewaltige Fehlentwicklung stattgefunden. Die Senatsverwaltung muss aufwachen und ihre Steuerungsmöglichkeiten nutzen. Nur so kann der DeGeWo endlich der Weg gewiesen werden, auf dem es hier im Kiez langzugehen hat. Den Mietern der anderen zur Sanierung anstehenden mehr als tausend Wohnungen werden wir Haus für Haus zur Seite stehen müssen, denn anders scheinen diese Kooperationsvereinbarungen nicht realisierbar zu sein.

Das Quartier wurde in damals bester städtebaulicher Tradition als freundliches, grünes Wohngebiet gerade für jene Leute gebaut, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden. Bis heute wird hier lange und gut gewohnt. Es gibt kaum Fluktuation. Wer hier energiebewusst sanieren will, wird das in Frieden mit der vorhandenen Mieterschaft zu praktizieren haben und den Leuten ihre Wohnungen modernisiert und zu sozial verträglichen Mieten lassen müssen.

Gabilotte Lanzrath ●

Kein Ehrengrab, ...

● ... keine Würdigung mit einem Straßennamen, aber doch einer der aufrechten, humanistischen Repräsentanten eines neuen Berlin in der Stunde Null – ein Bericht über

Dr. Arthur Werner, der 1. Oberbürgermeister im Mai 1945, der dieses Jahr seinen 50. Todestag hat.

Am 15. April 1877 als Sohn eines Schutzmannes in Berlin geboren, studierte er zunächst Jura, dann an der Techn. Hochschule in Charlottenburg Ingenieurwissenschaften, promovierte, arbeitete als Architekt und gründete eine private Techniker-Lehranstalt. Im 1. Weltkrieg schwer verwundet musste er am Stock gehen und entwickelte eine konsequent christlich-humanistische Grundhaltung, die ihn dazu führte, in der NS-Zeit an der TU relegierte Juden in seine Hochschule aufzunehmen. In Konsequenz war er nicht nur Schikanen des NS-Regimes ausgesetzt, sondern musste seine Schule 1942 schließen.

Nach Kriegsende – zwei seiner vier Söhne starben im Krieg, ein behinderter Sohn entging nur durch Zufall den Euthanasiemorden – war er bereits 68 Jahre, als der sowjetische Stadtkommandant Bersarin ihn am 17. Mai 1945 zum Oberbürgermeister von Groß-Berlin ernannte. Er stand als Parteiloser einem ca. 20-köpfigen Magistrat vor, in dem sich namhafte Persönlichkeiten zur Arbeit zusammengefunden hatten, unter ihnen Prof. Dr. Sauerbruch für das Gesundheitswesen, Prof. Scharoun für das Bau- und Wohnungswesen, Otto Winzer für die Volksbildung, Menschen der verschiedensten Qualifikationen und Parteien, wenn auch mit starkem Gewicht der KPD.

Und wie sah diese einstmals blühende Stadt aus, Häuser wie hohle Zähne, Schuttberge, zerstörte Wasser-, Strom- und Gasleitungen, mit Wasser vollgelaufene U-Bahntrassen und ca. 2 Millionen hungrige, unterernährte, verletzte Menschen, die ihre Verwandten und ihr Hab und Gut suchten. Diese erste Leitungsgruppe war zwar nicht durch Wahlen legitimiert, aber genoss auch das Vertrauen der Westalliierten, die sie im Juli bestätigten. Unter Werners Leitung wurde in wöchentlichen, kollegialen Sitzungen dieses Magistrats die Stadt zu neuem Leben erweckt, eine mit Lebensmittelkarten rationierte Ernährung der Bevölkerung und Brennstoffe organisiert, Schulen eröffnet,



Seuchen verhindert und gleichzeitig eine Entnazifizierung der Verwaltung vorgenommen.

Werner war ein eigenständiger Kopf. Er engagierte sich z. B. für die Einführung von Religionsunterrichts an den Schulen, konnte sich aber gegen die KPD und SPD nicht durchsetzen, die eine laizistische Schule wollten.

Der bereits früh einsetzende Ost-West-Konflikt, die Auseinandersetzung um die Vereinigung von SPD und KPD führten schließlich im Frühjahr 1946 zu einer Schlammschlacht gegen den Magistrat, sodass im Herbst 1946 nach den Wahlen der immer auf Ausgleich setzende, sachliche Werner durch Otto Ostrowski, SPD, abgelöst wurde und auch dieser sich – zu sanftmütig – nur vier Monate im Konflikt halten konnte.

Werners Verdienste wurden von den Alliierten hoch gewürdigt, die neue Verwaltung verweigerte ihm jedoch die ihm zustehenden Bezüge und Lebensmittelkarten, sodass Freunde ihn und seine Familie unterstützen mussten und er eine Arbeit in einer Baustofffirma annahm, bis er sein Haus wieder beziehen konnte.

Dort in der Köhlerstr. 22 in Lichterfelde eröffnete er 1950 dann wieder seine Hochschule, mit 73 Jahren und großem Erfolg.

In der DDR geehrt, in Westberlin verpönt starb er am 27. Juli 1967 90-jährig in Berlin Lichterfelde.

Erst spät, 1993 wurde an seinem Haus eine Gedenktafel angebracht, in die Ehren-Reihe der Berliner Bürgermeister im Abgeordnetenhaus oder im Roten Rathaus wurde er bis heute nicht aufgenommen.

Lore Nareyek ●

Der 2. Juni – Mord an Benno Ohnesorg

Das Ereignis

● Am 2. Juni 1967 erschoss der Polizeibeamte Kurras nahe der Deutschen Oper den Studenten Benno Ohnesorg. Anlass war die Jagd uniformierter und ziviler Polizisten auf die Teilnehmer der Demonstration gegen den Besuch des Shahs von Persien in Westberlin. Einen Grund dafür, die Waffe zu ziehen und aus nächster Nähe dem jungen Mann in den Kopf zu schießen, gab es nicht.

Also wurde der Schütze von den daneben stehenden Polizeibeamten entwaffnet, sofort ein Krankenwagen gerufen, das Opfer in das nächste Krankenhaus gefahren, um dort sein Leben zu retten – leider vergeblich. Kurras wurde nach übereinstimmenden Zeugenaussagen der Polizisten sowie von Anwohnern des Mordes angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Hauptstadtpresse meldete bestürzt diesen tragischen Vorfall und forderte Konsequenzen in der Polizei. Der Regierende Bürgermeister Albertz, der Innensenator Büsch und der Polizeipräsident Duensing kondolierten der Witwe und kündigten umfassende Reformen der Polizei an, um so etwas nie wieder geschehen zu lassen. Stimmt nicht?

Nein – nichts davon stimmt.

Die daneben stehenden Polizisten (auf Fotos deutlich zu sehen) gaben wörtlich übereinstimmende Aussagen ab, nichts gesehen zu haben, Aussagen von Anwohnern wurden als nicht glaubwürdig abgetan. Der mit Kopfschuss am Boden liegende Benno Ohnesorg wurde noch weiter von Polizisten geschlagen, der spät eintreffende Krankenwagen irrte 45 Minuten durch die Stadt, bis er am Krankenhaus Moabit ankam. Die politische Führung erklärte noch in der Nacht, dass die Demonstranten die Eskalation und den Tod des Studenten zu verantworten hätten. Schon an der Oper, später am Kurfürstendamm wurde aus Polizei-Lautspre-

chern berichtet, dass Demonstranten einen Polizisten erstochen hätten. Die Springer-Presse verbreitete Pogrom-Stimmung, alle Demonstrationen und Kundgebungen wurden gesetzeswidrig verboten, der Mörder Kurras wurde – zweimal – freigesprochen. Lediglich Polizeipräsident, Innensenator und Regierender Bürgermeister traten im Laufe der folgenden Monate zurück, aber eher als Opfer SPD-interner Machtkämpfe. Der fünfzigste Jahrestag des Mordes fand ein breites Medienecho. Doch eine Frage wurde nicht gestellt: Wäre Kurras auch freigesprochen worden, wenn sich im Verlauf des Prozesses herausgestellt hätte, dass der Todesschütze nebenberuflich ein Stasispitzel war?

Die Folgen

Als Student im 2. Semester war mir zwar klar, dass nicht alles toll ist in diesem Staat; kurz zuvor war in Bonn die Große Koalition gebildet worden mit dem Alt-Nazi Kiesinger an der Spitze, CDU und SPD bereiteten die Notstandsgesetze vor. Aber dass ein Staatsvertreter ungestraft einen Mord begehen konnte, von der politischen Führung und durch die Gerichte geschützt, offensichtliche Lügen von der führenden Presse und der Regierung verbreitet werden konnten und alle mahnenden Stimmen von aufrechten Demokraten niedergebrüllt wurden, das erschütterte mich zutiefst.

Es ist übrigens interessant zu lesen, dass schon in jener Zeit staatliche Organe, insbesondere der Verfassungsschutz, nicht nur Spitzel in SDS und anderen linken Organisationen hatte, sondern ganz aktiv mit Provokateuren arbeitete. So war lange Zeit der V-Mann Peter Urbach im Umfeld von SDS und Kommune 1 als Provokateur tätig, brachte Molotow-Cocktails zu Demonstrationen mit und verteilte später Waffen. Es ist nach Vernichtung vieler Akten im Allgemeinen nicht mehr im Einzelnen nachvollziehbar, welche Anschläge von V-Männern unterstützt oder gar initiiert und durchgeführt wurden, aber die unendliche Geschichte des NSU-Prozesses zeigt, dass dieses Vorgehen weiterhin übliches Geschäft ist und nach wie vor politisch gestützt wird.

Im Gegensatz zu manchen Freunden war ich an der Oper mit ein paar Knüppelschlägen auf die Arme glimpflich davon gekommen. Aber es gab kein Grundvertrauen mehr – „wir“ (eine nicht weiter definierte Gruppe von irgendwie linken Studierenden) standen nahezu dem gesamten Rest – Regierung, Polizei, Presse, große Teile der Bevölkerung – feindlich gegenüber. Als Ostern 1968 der Gelegenheitsarbeiter Bachmann, aufgehetzt von der Springer-Presse, Rudi Dutschke niederschoss, attackierten mehrere tausend Studenten am Abend das Springer-Hochhaus in der Kochstraße, Auslieferungsfahrzeuge gingen in Flammen auf. Auch in westdeutschen Großstädten gab es wütende Proteste gegen die Springer-Zeitungen. Es ist si-



Die Teilnehmer des Trauerzugs stehen Spalier für den Konvoi nach Hannover (*Bildarchiv preussische kulturbesitz*)

cher etwas zu kurz gegriffen, die Entstehung der RAF und der „Bewegung 2. Juni“ als logische Folge der Ereignisse dieses Tages zu erklären, aber die Grundhaltung der Gewaltlosigkeit ist an diesem Tag bei vielen zumindest erschüttert worden. Ich denke dabei als relativ harmloses Beispiel an die Schlacht am Tegeleer Weg im November 1968, als viele Demonstranten die „zufällig“ von einem Lastwagen bereit gestellten Pflastersteine als Waffen gegen die Polizei und deren Wasserwerfer einsetzten.

Und jetzt?

Das ist nun 50 Jahre her. Die Welt hat sich gewaltig verändert seither; es führte zu weit, jetzt hier aufzuzählen, was sich zum Guten und was zum Schlechten verändert hat. Nur eins ist sicher: Meine Generation der heute 65- bis 80-Jährigen wurde entscheidend geprägt durch jene Zeit und hat hoffentlich Einiges dazu beigetragen, den Mief und die Engstirnigkeit der bundesdeutschen und Westberliner 50er-/60er-Jahre aufzubrechen.

Werner Simonsmeier ●

Geld regiert die Welt – auch in Lichterfelde-Süd ?

● In Lichterfelde Süd, auf der „Parksrange“, will die Groth-Gruppe bauen – besser gesagt will bauen lassen. Auf der Website der Groth-Gruppe steht: „Angrenzend an Brandenburg wird im Berliner Süden im Ortsteil Lichterfelde ein neues Stadtquartier mit ca. 2.850 Einheiten entstehen. Geplant sind auf ca. 39 ha ca. 2.850 Wohneinheiten – ein moderner Wohnungsmix aus Doppel-, Reihenhäusern und Geschosswohnungsbau.“ Klingt erst mal gut, denn Berlin braucht Wohnungen. Und das Argument „Groth baut Wohnungen und Wohnungen werden gebraucht“ soll darüber hinweg täuschen, dass hauptsächlich Wohnungen im Hochpreissegment geplant sind, was wir benötigen sind bezahlbare Wohnungen, diese spielen bei den Planungen nur peripher eine Rolle. Es geht um Betongold. Als Groth das Gelände kaufte, wusste er, dass er ein Grundstück erworben hatte, auf dem sich einmalige schützenswerte Biotope entwickelt hatten. Der Landesbeauftragte Prof. Dr. Ingo Kowarik hatte bereits am 23.09.2010 in einem Beschluss des Sachverständigenbeirats für Naturschutz und Landschaftspflege, darauf hingewiesen, dass es sich um ein schützenswertes Gebiet handelt. In dem Gutachten (Dez. 2012) von Fugmann-Janotta wurde klar und deutlich darauf hingewiesen; im Sinne von Natur und Artenschutz dürften nur 16 ha bebaut und weitere 11 ha bedingt bebaut werden. Das Gutachten war vom Bezirksamt selbst bestellt und bezahlt worden. Das Bezirksamt, unter Federführung der Zählgemeinschaft von CDU und GRÜNE, hat Groth dennoch ermächtigt – durch einen „Letter of intent“ – sich über das Gutachten hinwegzusetzen und so dazu beizutragen in Berlin einen bisher nicht erlebten riesigen Umweltfrevel zu begehen. Neben Anderen bahnt sich bereits ein neuer Skandal an. Groths Bauentwürfe wollen den Standort für die zu errichtende Grundschule unmittelbar östlich der Bahntrasse legen. Diese Lage ist extrem durch Dauerlärm belastet. Mehr als 400 Zugpassagen (Fern- und Regionalbahn, Güterzüge, S-Bahn) fahren dort vorbei. Der Groth-Gruppe sind die Belastungen der Schulkinder und Lehrer durch Lärm und Feinstaub scheinbar egal, denn Bauland für Wohngebäude sind an dieser Stelle schlecht zu vermarkten. Aus gesundheitlichen und pädagogischen Gründen wäre es



notwendig den Schulstandort in die Mitte des Baugebiets in die Nähe der Merkator Schule zu legen. Die verantwortlichen Stadtplaner und die politisch Verantwortlichen werden sich die Fragen stellen lassen müssen: Was ist wichtiger, die Profite des Investors – oder die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen? Ein neues Bezirksamt wurde gewählt, neue Stadträte sind jetzt zuständig. Die Zählgemeinschaft CDU – GRÜNE wurde, trotz großer Stimmenverluste, wieder installiert. Verantwortlich für den anstehenden Bebauungsplan ist der Bezirk, nicht der Investor. Da stellt sich allerdings die Frage ob sich die „Neuen“, wie damals die „Alten“ bei der Unterschrift für den „Letter of intent“, wieder über den Tisch ziehen lassen.

Eberhard Speckmann ●

Ausführliche Informationen finden Sie in den Presseerklärungen des Aktionsbündnisses vom 9. Mai und vom 5. Juni unter: <https://aktionsbueundnis-lichterfelde-sued.de/>

Die AfD-Fraktion in Steglitz-Zehlendorf

● Ziemlich genau ein halbes Jahr hat es gedauert, bis die AfD-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf ihren ersten Antrag stellte. Die Forderung nach dem „Weiterbetrieb des Flughafens Tegel“ (Drucksache 0232/V) war allerdings keine eigene Idee, sondern wurde aus der Wahlkampfbox der FDP entwendet. Allein dieser Punkt mag veranschaulichen, dass die AfD nicht mit Herzblut bei der Sache ist, ihr die Arbeit in der BVV schwerfällt und ein politisches Konzept fehlt. Die Fraktion lässt bisher kaum Verständnis für parlamentarische Gepflogenheiten und Arbeitsweisen erkennen. Gleichzeitig besteht offensichtlich auch keine Bereitschaft, sich in komplexe Sachverhalte einzuarbeiten. Dass den sechs Verordneten nicht einmal auf gezielte Nachfrage Themen einfallen, die ihnen unter den Nägeln brennen, wurde anhand eines schriftlichen Diskussionsbeitrags der Fraktion deutlich. Unter der Überschrift „Unsere wichtigsten Ziele für den Bezirk in dieser Wahlperiode“ formulierte der ehemalige Vertriebsleiter der „Jungen Freiheit“ und Fraktionsvorsitzende, Peer Döhnert, als einziges konkretes Ziel seiner Fraktion die Reparatur der Bierzapfanlage im Vorraum des BVV-Saals im Rathaus Zehlendorf! (Gazette Verbrauchermagazin, Februar 2017). Herausragende Bezirksthemen wie beispielsweise bezahlbares Wohnen, Schulsanierung und das Riesenbauprojekt Lichterfelde Süd stehen bei der Alternative für Deutschland nicht auf der Agenda.

Trotz ihres Desinteresses sollte die AfD-Fraktion keinesfalls in ihrer Radikalität unterschätzt werden. Durch eine Große Anfrage zum Standort der temporären Flüchtlingsunterkunft in der Lissabonallee hat sie durch falsche und übertriebene Zahlen nach besten Kräften versucht, Ängste vor „Überfremdung“ zu erzeugen (Drucksache 0019/V). Weiterhin übt die Partei im Bezirk den Schulterchluss mit Rechtsextremisten. Erst vor wenigen Wochen hat der stellver-

tretende Fraktionsvorsitzende, Volker Graffstädt, mit vier Mitgliedern der Abgeordnetenhausfraktion auf dem Gelände der Burschenschaft Gothia an einem Grillfest mit Funktionären der „Identitären Bewegung“ teilgenommen. (RBB Abendschau, 19.5.2017). Offizielle Abgrenzungsbeschlüsse der AfD-Berlin gegenüber den „Identitären“ sind angesichts solcher Vorkommnisse nur Nebelkerzen. In den Sitzungen der BVV Steglitz-Zehlendorf verbreitet die Fraktion zunehmend ungefiltert ihr rechtes Gedankengut und ihre alternative Geschichtsdeutung. In einer Rede zum Gernika-Gedenktag sprach sich Yvonne Cremer gegen die „Versuchung dieser permanenten billigen Instrumentalisierung und Infantilisierung der Geschichtsschreibung“ aus. Im gleichen Atemzug behauptete sie, der durch die deutsche Legion Condor am 26.4.1937 ausgeführte Angriff auf die baskische Stadt und die Ermordung von schätzungsweise 300 Menschen sei „kein expliziter Terrorakt gegen die Zivilbevölkerung [gewesen]“ (BVV Wortprotokoll, 29.5.2017). Passend dazu formulierte sie auf Facebook: „Mit meinem Engagement in der AfD möchte ich daher mit dazu beitragen, einen Paradigmenwechsel im hiesigen Denken, also eine echte geistige Umkehr, anzustoßen [...] Politische Korrektheit sowie ideologische Überdrehtheit werden nicht meine Ratgeber sein! (Facebook: @YvonneCremerAfD, 25.7.2016)

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf wird diesem braunen Umdeutungsgeist konsequent widersprechen. Auch werden wir die Verstrickungen von AfD-Mitgliedern in rechtsextreme Strukturen nicht schweigend hinnehmen und gegen diese Partei und ihr völkisch-nationales Gedankengut demonstrieren. Zudem werden wir einer Fraktion Dampf machen, die sich auf ihren Mandaten ausruht, anstatt zum Wohle dieses Bezirks und seiner Bürger_innen zu handeln.

Dennis Egginger-Gonzalez ●

Was ist schon sicher ...

● Wenn unser Innenminister, Sprössling der prominenten preußischen Offiziersfamilie de Maizière, ins Ausland reist – z.B. ins befreundete Afghanistan – nimmt er schon mal Stahlhelm und kugelsichere Schutzweste mit. Die jungen Afghanen, die er ins „sichere Herkunftsland“ zurückschickt – übrigens mit Rückendeckung der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD sowie grüner Landesregierungen -, müssen ohne diese Ausrüstung auskommen. Wenn sie nicht freiwillig gehen, kommt gerne auch die Polizei und holt sie ab. Neulich in Nürnberg wollte die Staatsmacht einen 18-jährigen aus seiner Berufsschulklasse abführen. Völlig unerwartet

stellten sich der in Mannschaftsstärke angetretenen Polizei 300 Mitschüler in den Weg und leisteten heftigen Widerstand. Die Freiheit muss also nicht am Hindukusch, sie kann auch in Nürnberg verteidigt werden.

Der Zufall wollte übrigens, dass etwa zeitgleich in Kabul ein Anschlag auf die deutsche Botschaft im schwer gesicherten Diplomatenviertel stattfand. Die Regierung hat deshalb gesichtswahrend die Abschiebep Praxis erst mal ausgesetzt – bis die Arbeit der Botschaft im sicheren Herkunftsland wieder normal funktioniert ...

A. Wiederkehr ●



Terror-Paten

● Bis vor kurzem war es nichts als eine böartige Unterstellung, eine Verschwörungstheorie eben. Nun aber ist es amtlich: Katar ist ein Drahtzieher und Helfer des internationalen islamistischen Terrorismus. Woher man das weiß? Die Saudis haben es herausposaunt! Und die müssen es wissen. Sie gehören selbst zum illustren Kreis der Terrorpaten. Wäre es da nicht mal an der Zeit, reinen Tisch zu machen und auch die anderen zu benennen, die ihre Finger mit Waffenlieferungen, Logistik und Geld im Terrorgeschäft haben? Die Emirate, die Türkei,

Israel und mittelbar auch die Frontstaaten der westlichen Wertegemeinschaft – Frankreich, Großbritannien und die USA. Als Waffenlieferant und Luftraumkontrollleur sollte man auch die Bundesrepublik nicht ganz vergessen. Die hat übrigens den Dementis des Königshauses Katar immer Glauben geschenkt. Kein Wunder, Katar ist nach Niedersachsen der zweitgrößte Eigentümer von VW und besitzt 17% der Aktien bei der Deutschen Bank.

P.Kennerknecht ●

Tausche Grundgesetz gegen Finanzspritzen

● Im November 2016 ließ Sigmar Gabriel verlauten, dass niemand die Absicht habe, Autobahnen zu privatisieren. Genau dies hatte er als Wirtschaftsminister aber mit der *Fratzcher-Kommission* 2014 eingefädelt. Fratzscher ist der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Zur Kommission gehörten u.a. Fitschen (Deutsche Bank), Jung (Allianz) und Oletzky (Ergo-Versicherungen). „Allianz wittert Chancen bei der Infrastruktur“ titelte am 28.8.2014 die Börsen-Zeitung. Bei der „Finanzierung staatlicher Infrastruktur zu helfen“, sei sehr attraktiv. Der Staat garantiere hohe Renditen ohne Risiko.

Finanzminister Schäuble wiederum, der seinem Fetisch „Schwarze Null“ kompromisslos huldigt, entdeckte in Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) eine wunderbare Methode, trotz EU-Schuldenkriterien und knallharter Sparpolitik im Interesse privater „Anleger“ weiter staatliche Schulden zu machen. Denn: Finanziert der Staat Groß-Projekte mit Krediten, steigt die Staatsverschuldung. Bei der ÖPP nimmt der private Partner den Kredit auf. Die öffentliche Hand zahlt den Kredit mit Zinsen zurück. Nur die erste Jahresrate wird im Haushalt eingestellt, der Rest der Schuld bleibt unsichtbar.

Allianzchef Faulhaber forderte schon 2015 für geliehenes Geld 6,5 Prozentpunkte *über* dem herrschenden Niedrigzins. Durch diese Praxis steigen die Kosten erheblich, der Schuldenberg wächst, ohne dass dies sichtbar wird. Bei der ÖPP handelt es sich also nicht um eine Partnerschaft zu Gunsten, sondern um Komplizenschaft zu Lasten der Allgemeinheit. Die vorrangigen Profiteure dieser Augenwischerei sind Versicherungen und Hedgefonds sowie Konzerne, die von den Aufträgen profitieren. Das sieht auch der Bundesrechnungshof so, der sich in einem Gutachten entschieden gegen ÖPP aussprach.

Schäuble fest zur Seite bei der Bildung der „Infrastrukturgesellschaft für Verkehr“ steht Bundesverkehrsminister Dobrindt. Dessen auch finanziell

zweifelhafte Pkw-Maut erhält durch die Privatisierung der Autobahnen nachträglich einen tieferen Sinn. Man weiß bei Dobrindt nicht, ob er tatsächlich so weit strategisch denkt, aber Tatsache ist, dass nicht nur die Steuerzahler allgemein, sondern die Autofahrer mit der Maut konkret die Rendite der privaten Investoren zahlen werden.

Einer Umfrage zufolge lehnen 75% der Deutschen eine Autobahnprivatisierung ab. Dem stand bis zum 1. Juni auch das Grundgesetz (Art. 90) im Wege. Die erforderliche 2/3-Mehrheit zur GG-Änderung war zwar im Bundestag nach zahlreichen Manövern der GroKO gesichert, aber nicht im Bundesrat.

Also wurde ein Paket geschnürt, das die finanziell gebeutelten Länder schlecht ablehnen konnten. Mit der verabschiedeten *Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen* erhalten die Länder zukünftig vom Bund ca. 10 Milliarden Euro jährlich mehr. 13 Änderungen des Grundgesetzes konnten so auch im Bundesrat in Windeseile durchgewinkt werden, darunter die Schaffung einer privatrechtlichen Infrastrukturgesellschaft.

Die „Berliner Zeitung“ (BLZ) kommentierte diesen Vorgang als „Tiefpunkt der politischen Kultur“.

SPD-Abgeordnete mühten und mühen sich seitdem wortreich zu erklären, dass sie aus Gründen der Koalitionsdisziplin nicht anders konnten. Außerdem hätten sie ja die Privatisierung in Gänze verhindert. „Das ist schlicht unwahr“, stellte die BLZ dazu fest.

Die Umwandlung von Bereichen der Daseinsvorsorge und Infrastruktur (Telekom, Bahn, Wasser) in Anlageprodukte für das Finanzkapital geht also ungebrochen weiter.

„Warum sind Sie gegen TTIP?“, wurde eine Demonstrantin 2016 von einem TV-Reporter gefragt. „Weil Gabriel dafür ist!“, lautete die Antwort. Auf die Frage „Warum sind Sie gegen die Autobahnprivatisierung?“, könnte man nun ebenso kurz antworten: „Weil Gabriel und auch Schulz dafür sind.“

Marianne Rubach ●





Arme Ursula

Ursula von der Leyen ist zweifellos eine begnadete Selbstdarstellerin. Mit Charme und Beredsamkeit vertritt sie – als wäre der Begriff „Talk-Show“ eigens für sie erfunden – die militärpolitischen Ziele der Bundesregierung in der Öffentlichkeit:

- Rüstungsausgaben massiv erhöhen
- Bundeswehr modernisieren
- Kriegsdienst für junge Leute attraktiv machen
- Militäreinsätze nicht scheuen
- Verantwortung in der Welt übernehmen (Gauck)

Dafür erhält sie regelmäßig viel Lob und Anerkennung. Wer allerdings über die Ursachen von Flucht und Krieg nachdenkt, wer die Erfahrungen von Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen bilanziert, wer vor allem Motivation und Interessen hinter dieser Politik durchschaut, wird für die Ministerin kaum Sympathie entwickeln können. Aber ausgerechnet in dem Augenblick, wo man geneigt ist, ihr einmal zuzustimmen, wird sie fallengelassen und mit ätzender Kritik überhäuft. Das ist tragisch und komisch zugleich.

Was ist passiert?

Als erster „Verteidigungsminister“ in der bundesdeutschen Geschichte hat Frau von der Leyen gewagt, offen über Rechtsextremismus in der Bundeswehr zu sprechen. Der Fall des verhafteten Offiziers Franco A., der offenbar terroristische Anschläge plante, um sie Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben und die menschenverachtenden Aufnahmezeremonien bei Bundeswehreinheiten seien keine Einzelfälle, sagt sie. Die Bundeswehr habe ein strukturelles Problem. Die militärische Führung habe versagt.

So etwas beschädigt natürlich das schöne Bild von der „Parlamentsarmee“ mit ihren „Staatsbürgern in Uniform“! Und nun hagelt es giftige Kritik. Ursula von der Leyen sei schon immer eine vordergründige Selbstdarstellerin gewesen. Ihre Äußerungen seien reine PR-Inszenierung. Sie stelle die Bundeswehr unter Generalverdacht, handele verantwortungslos, wenn sie Strukturprobleme heraufbeschwöre usw.

Ausgerechnet die SPD ist wieder ganz ganz vorne mit dabei. Der SPD-Wehrbeauftragte Barthel hält die



© Siné. 1975

Affinität von Nazis zu Uniformen und Waffen für normal, und der Wehrexperte Arnold erklärt im Fernsehen, die Verteidigungsministerin untergrabe mit ihren Äußerungen die Moral der Truppe. Sie zerstöre das Vertrauen in unsere Soldaten.

Geht's noch ?

Als wüßte nicht jedermann, dass die Bundeswehr von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren aufgebaut wurde, dass zur Traditionspflege lange gehörte, Nazi-Offiziere zu Vorträgen einzuladen, dass Kasernen nach Nazi-Helden benannt wurden, dass bei Begräbnissen von Wehrmachtsgrößen regelmäßig Bundeswehrdelegationen erschienen.

Ursula von der Leyen erlebt gegenwärtig, was schon Guido Westerwelle erfahren musste. Man weicht nicht ungestraft von der vorgegebenen Linie ab. Einmal Charakter zeigen und schon bricht der Shitstorm los. Was musste sich Westerwelle nicht alles anhören, als er eine aktive Beteiligung der BRD an der Bombardierung Libyens ablehnte: Das sei Verrat an den westlichen Werten, deutsche Feigheit, Verantwortungslosigkeit, man lasse andere die Kastanien aus dem Feuer holen ...

Man kann nur hoffen, dass Frau von der Leyen es ernst meint mit der Ausmistung bei der Bundeswehr.

Sicher ist das aber keineswegs!

Horst Dejas ●

Ökonomische Weisheit

● Vor der Einführung des Mindestlohns warnte Prof. Christoph Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates, der die Bundesregierung in Wirtschaftsfragen berät:

„Weil wir aber nicht genau wissen, wieviel Menschen durch den Mindestlohn geschädigt (sic! - A.W.)wer-

den, können wir nicht sagen, wie probieren es einfach mal aus.“ Inzwischen ist der gesetzliche Mindestlohn Realität und von *Geschädigten* ist nichts bekannt. Wie gut, dass die Regierung sich nicht immer von solchen Weisen leiten lässt. Leider ist das eher die Ausnahme.

A. Wiederkehr ●

Populismus – dem Markt aufs Maul geschaut

● Populist ist derjenige, der dem „Volk aufs Maul schauen will“, sich also auf einen vermeintlichen Volkswillen beruft. Weil er für seine Aussagen einen Wahrheitsanspruch voraussetzt, der weder demokratisch, noch rational oder wissenschaftlich erklärbar ist, sondern sich allein auf Volkes Stimme bezieht, ist er ein Vertreter dieser diffusen Strömung. Nun verpflichten sich alle Politiker vor Amtsantritt per Eid, dem Volk zu dienen, doch wie sieht es jenseits dieser Floskel wirklich aus? Mit einem banalen Kunstgriff wird „Volkswille“ durch das Wort „Marktlogik“ ersetzt – als eine Art höherer Vernunft, die in der von ihr gepriesenen Austeritätspolitik ihren höchsten Ausdruck gefunden hat. Die angeblich vom Volk ausgehende Macht wird bereits seit vielen Jahre mit neoliberalen Glaubenssätzen traktiert; sie ist – obwohl das Wahlsystem nicht außer Kraft gesetzt wurde – gelähmt, weil ihr die Politik der Alternativlosigkeit erfolgreich eingepflegt werden konnte. Marktkonforme Demokratie, so der von der Bundeskanzlerin erfundene Begriff, soll verdeutlichen, dass sich Demokratie und Sozialstaat nach dem Wesen des freien Markts und seinen Launen formen lassen müssen. Aus diesem Wahrheitsanspruch wurden politische Strategien abgeleitet, die einzig darauf gerichtet sind, die politische Macht zu sichern. Das aber ist nichts anderes als neoliberaler Populismus. Er läuft in letzter Konsequenz darauf hinaus, bestimmen zu wollen, was öffentlich gesagt und gedacht werden darf. Wer sich dennoch nicht fügen will und Gegenpositionen bezieht, wird gern mit schmückendem Vokabular wie „umstritten“, „fragwürdig“ oder „zweifelhaft“ eingekleidet und als Linkspopulist eingestuft. Zu ihnen gehören wir, Die Linke. Wir stellen nämlich den neoliberalen Freiheitsbegriff grundsätzlich infrage, weil er mit seinen ökonomischen Deregulierungen die individuelle Freiheit mehr und mehr außer Kraft setzt und dem Egoismus des Eigentümers als allgemeiner Vernunft huldigt.

Neoliberaler Populismus

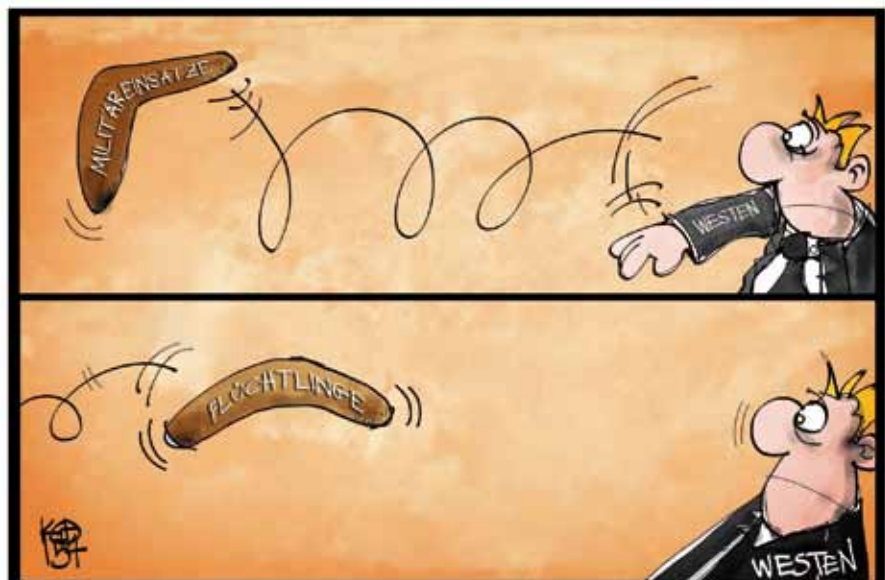
Der für eine ernsthafte Debatte eigentlich untaugliche Begriff Populismus wird von den politischen Eliten und ihren Verstärkern in den Medien deshalb so gern benutzt, weil man meint, ihn beliebig gegen politische Gegner links wie rechts einsetzen zu können. Sie selbst positionieren sich in der goldenen Mitte und diffamieren in ihrer durch nichts zu erschütternden Selbstgerechtigkeit jeden alternativen Lösungsansatz. Neoliberaler Populismus eben. Je näher wir uns auf die Bundestagswahlen im

September zubewegen, umso mehr fällt allerdings auf, dass sich Populisten aus der rechten Ecke mit jenen aus der neoliberalen Mitte gegenseitig befeuern. Zwar wird nationalistisches Gedankengut von Letzteren demonstrativ zurückgewiesen, aber im Windschatten dieser Empörung werden umlaufende Ressentiments und Vorurteile deutlich erkennbar in Wahlaussagen und –programme eingespeist. In der Flüchtlingspolitik spiegelt sich das eindrucksvoll wider.

Demagogie und Populismus – zwei Seiten einer Medaille

Seit Wochen wirbt der Innenminister Thomas de Maizière für einen nationalen Kraftakt. Es gehe darum, so viele Menschen wie möglich abzuschieben, vorzugsweise nach Afghanistan. In der Sprache des Ministers wird Abschottung und Abschiebung geradezu in den Rang eines Kulturguts gehoben. „Die normale zivile Bevölkerung ist zwar Opfer aber nicht Ziel von Anschlägen der Taliban“, verkündete er jüngst und betonte, dass dies „einen großen Unterschied“ ausmache. Die feine Differenzierung ist zwar zynisch, sie ist aber auch so demagogisch wie populistisch. De Maizière denkt bereits an die Wahlen im September und appelliert an Instinkte und Vorurteile derjenigen Menschen, die eine Überfremdung an die Wand malen. Deshalb hat der Minister eine noch „effektivere“ Deportation abgelehnter Asylbewerber angekündigt. Optimierung des Rückkehrmanagements, heißt es im abstoßenden bürokratendeutsch, und wird von seiner Partei noch obendrein – eine Zumutung für den gesunden Menschenverstand – als Kampf gegen die Fluchtursachen gepriesen.

Gerade beim Flüchtlingsthema zeigt der Populismus seine typische Eigenschaft: Er flieht aus der Komplexität. Nur wer bereit ist, über die imperiale und koloniale Vergangenheit Europas zu sprechen, dürfte



befugt sein, das Wort Flüchtlingskrise in den Mund zu nehmen. Aber gibt es einen politischen Diskurs in Europa, der für die Ursachenforschung die koloniale Unterdrückungsgeschichte mit ihren unvorstellbaren Verbrechen, die kaum ein Menschenalter zurückliegen, heranzieht? Wird diesen Staaten nicht auch heute noch die Anerkennung für ihre mühsam erkämpfte Unabhängigkeit wie auch ihre ökonomische Selbstbestimmung vorenthalten, werden sie doch nunmehr in neokolonialer Abhängigkeit vor allem als Absatzmärkte missbraucht und als Rohstofflieferanten ausgebeutet? Entstehen aus der Erkenntnis, dass Klimawandel und globale Erwärmung Millionen Menschen zur Flucht aus ihrer verödeten Heimat getrieben hat, politische Lösungsansätze? Last but not least: Der Westen exportiert seit einem Vierteljahr-

hundert Kriege und widersetzt sich der Einsicht, dass deren zwangsläufige Folge die Flüchtlingsströme sind. Allerdings sind die Ströme unterschiedlich breit. Europa, der reichste Kontinent, nimmt den geringsten Anteil der um die Erde irrenden Migranten auf. Mehr als 80 Prozent finden in den Entwicklungsländern Schutz. In Europa sind es gerade einmal 5 Prozent. Angesichts dieser Zahlen fällt es schwer, überhaupt von einer europäischen Flüchtlingskrise zu sprechen. Doch in einer dreisten Umkehr von Ursache und Wirkung werden die aus den vormaligen Kolonialgebieten nach Europa kommenden Menschen für die Zerstörung des sozialen Friedens hierzulande auch noch verantwortlich gemacht. Populismus in Höchstform.

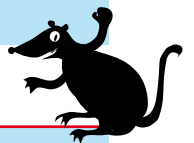
Hans Schoenefeldt ●

Kein Wohlstand für alle?

Wie sich Deutschland zerlegt und was wir dagegen tun können.

● „Wohlstand für alle“ lautet seit Ludwig Erhard das zentrale Versprechen aller Regierungen. Tatsächlich jedoch werden seit Jahrzehnten die Reichen immer reicher, während immer größere Teile der Mittelschicht abgehängt werden und von der Hand in den Mund leben müssen. Deutschland fällt auseinander – sozial, regional und politisch. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen für alle kann schon längst keine Rede mehr sein. Das ist weder Zufall noch Schicksal, sondern Ergebnis einer Politik, die sich immer stärker dem Neoliberalismus mit dem Credo der Merkelschen Alternativlosigkeit verpflichtet sieht.

Als Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands weiß Ulrich Schneider nur zu genau, wovon er spricht. Schonungslos dokumentiert er, wie es um die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Konsens in Deutschland wirklich bestellt ist.



Liebermann – Villa mit neuer Ausstellung: Streit am Wannsee

● Ab dem 9. Juli zeigt die Liebermann-Villa am Wannsee eine ungewöhnliche Ausstellung, die „den Konflikt zwischen den Villenbesitzern und Ausflüglern des Strandbades unter künstlerischem Aspekt“ thematisiert. Die Bewohner der Villenkolonie, einer „der vornehmsten und ruhigsten Wohnorte in der Nähe Berlins“ schickten 1912 einen Beschwerdebrief zur königlichen Regierung nach Potsdam.

Ein Ausflug in die wunderschöne Anlage des Liebermannhauses mit Blick über den Wannsee lohnt sich immer! (Tägl. außer Di! 10-18 Uhr)



So sah Zille das Wannseeproblem

Selbstverstümmelung

Reicher Mann und armer Mann standen da uns sah'n
sich an.

Und der arme sagte bleich:

Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.

(Bertolt Brecht)

● Es gab Abende nach einer Wahl, an denen Sieger und Besiegte in einer ersten Bilanz fast schon schulterschließend ihre Genugtuung bekundeten, dass es gelungen sei, die NPD, später die Republikaner (Reps) unter der Fünfprozenthürde zu halten. Gegenüber der AfD, einer Partei, deren Spitzenpersonal ebenfalls eine faschistische Orientierung erkennen lässt, hat sich ein anderer Umgangston durchgesetzt – vor wie nach der Wahl. Soll jetzt schon ein potenzieller Koalitionspartner ‚auf Sicht‘ gehalten werden? In gewissen Kreisen der Unionsparteien wird mit Sicherheit in dieser Richtung spekuliert. Die SPD hat ein anderes Problem. Sie kompensiert ihren Frust über die letzten Wahlschlägen mit einer Erfolgsmeldung. Der von ihr geführte Gerechtigkeitswahlkampf habe immerhin den Einzug der Linkspartei in den Landtag von NRW verhindert, vermeldete ihre damalige Generalsekretärin Katarina Barley.

Fürs Protokoll: Es war Die Linke, damals noch die PDS, die den Agenda-2010-Marsch in die millionenfache Armut von Anfang an aufhalten wollte. Vergeblich, wie wir wissen. Und heute? Nach dem jüngst veröffentlichten Armutsbericht befindet sich die Armut in Deutschland auf einem historischen Höchststand. Niemand sollte sich von den monatlichen Statistiken über die schrumpfende Zahl von Arbeitslosen blenden lassen. Es war der vorerst letzte SPD-Kanzler, Gerhard Schröder, der mit seiner berüchtigten Agenda-Politik die Voraussetzung schuf, dass die Vollzeitbeschäftigung zurückging, Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung und Leiharbeit zunahm. Ergebnis: Deutschland verfügte sehr schnell über den größten Billiglohnsektor Westeuropas. Der sozialdemokratische Kanzler war sogar richtig stolz auf sein Werk.



Weil ein großer Prozentsatz der in diesem Sektor Beschäftigten dennoch Sozialabgaben entrichten muss, spiegelt sich eine positive Entwicklung in der Arbeitslosenstatistik wider. Über das Elend hinter dem Zahlenwerk wird geschwiegen. Die Betroffenen müssen sich sogar noch von einer selbstbeweihräuchernden Rhetorik verhöhnen lassen. Merkel: „Die Entwicklung unseres Landes ist seit 2005 eine einzigartige Erfolgsgeschichte.“ Sie hätte hinzufügen sollen: Weil die Reichen reicher, die Armen zahlreicher werden. Wenn angesichts der nicht widerlegbar wachsenden Armutsgefahr die SPD vom Katzenjammer befallen wird und das Wort *Gerechtigkeit* glaubt neu erfunden zu haben, gleichzeitig aber diejenigen bekämpft, die die ganze Entwicklung haben kommen sehen, dann hat diese Partei wahrlich nichts anderes verdient als krachenden Vertrauensentzug. Dennoch: Schadenfreude ist uns gänzlich fremd. Wir sagen zwar: „Je stärker die Linke, desto mehr Druck für eine soziale und gerechte Politik.“ Allerdings können wir noch nicht allein die Grundrichtung der Politik verändern. Deshalb wäre es notwendig einen Partner zu haben, der nicht nur behauptet, einen Politikwechsel anzustreben, sondern der dies auch mit Taten untermauert. Noch ist die SPD Regierungspartei.

Hans Schoenefeldt ●



Home – Shopping

● In den USA gibt es einen auf Schusswaffen spezialisierten Teleshopping-Sender namens **Gun-TV**. Von ein Uhr nachts bis sieben Uhr morgens kann man vom Sofa aus Waffen bestellen. Als Verkaufsdame tritt eine gewisse Amy Robbins auf, die für die Waffenlobby auch schon eine Internetsendung moderierte. In der trat sie in einem ultrakurzen Minirock auf, was ihr den Titel „heiße Pro-Waffen-Lady“ einbrachte. Lady Amy wirbt in Gun-TV u.a. für eine Neunmillimeter-Pistole, die man – hihi – doch bitte stets von Kindern

fernhalten sollte. Es könne ja immer mal passieren – hihi –, dass die süßen Kleinen im Nachttisch wühlen. Das Tolle an der Waffe sei jedoch, dass man sie – hihi – jeden Abend sperren könne. Supersicher – hihi – also das Ding! Und natürlich auch ein Schnäppchen!

Laut der Organisation Gun Violence Archive gab es im vorigen Jahr **58.257** Unfälle mit Feuerwaffen in den USA. **15.061** endeten tödlich.

Änne Schulz ●

Krimi-Tipps für die Ferien

● Autor Wolfgang Schorlau hat bei Kiepenheuer&Witsch spannende Krimis zu aktuellen Problemen veröffentlicht und sich dabei mehrere Krimi-Preise berechnigt verdient: Sein Kommissar Dengler legt sich z. B. mit der Pharmaindustrie an (Die blaue Liste, Denglers 1. Fall), deckt Wassergeschäfte auf (Fremde Wasser = 3. Fall) oder bekämpft die Massentierhaltung (Am 12. Tag = 7. Fall), oder, besonders zu empfehlen, der 5. Fall, „Das Münchenkomplott“, wo es nicht nur um das Attentat auf dem Münchner Wiesenfest von 1980 geht, sondern bei der (vergeblichen) Aufarbeitung im Jahre 2009!! deutlich wird, wie die Geheimdienste unter Federführung des MAD ihr Süppchen kochen und vertuschen. Sehr aufschlussreich im Anhang das geheime, aber Stasi-bekanntes Dokument FM 30-31 B des Headquarters der US-Army von 1970, das Anleitung zur skrupellosen Unterwanderung von „Gastländern“ gibt. Oder soll es lieber der 8. Fall sein, in dem es um den NSU Prozess geht? Alles sehr gut recherchiert und mit Zusatzmaterialien versehen, ohne zu belehren, sondern mit Spannung pur!



Worte des Monats ❖

...von **Jean Ziegler**, dem ersten UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Derzeit ist er Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats der UN

„Wir leben in einer kannibalischen Weltordnung, diktiert von Finanzoligarchen. Die 85 reichsten Milliardäre besitzen so viel wie die 4,5 Milliarden ärmsten Menschen. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Die 500 größten Konzerne haben eine Macht, wie kein König, kein Kaiser und kein Papst sie je hatte.“

„Der größte Erfolg des Raubtierkapitalismus ist allerdings ein anderer: Die Entfremdung unseres Identitätsbewusstseins. Die neoliberale Wahnidee will uns eintrichtern, dass sich der Markt selbst reguliert, dass er Naturkräften folgt und der Mensch nichts anderes tun kann, als sich diesen Marktkräften zu unterwerfen. Dadurch wird der Mensch seiner historischen Subjektivität und Singularität beraubt. Er verhält sich nur noch so, wie ihm die Warengesellschaft das diktiert.“

„Ich aber glaube fest an die sanfte Macht der Vernunft. Es gibt dabei immer drei Phasen. Die erste ist die Perzeption: Wissen, wie die kannibalische Weltordnung funktioniert. Auf dieses Wissen folgt die zweite Phase, die Reaktion: Sie äußert sich in der Empathie, dem Mitgefühl. Schließlich die dritte Phase, die Aktion: eine neue kollektive Praxis, die anstelle des neokolonialen Konkurrenzkampfes ein solidarisches Verhalten propagiert, an dessen Ende der Sozialismus steht.“

Termine X

● Unsere **stets öffentlichen Mitgliederversammlungen** finden einmal im Monat statt; jeweils an einem **Dienstag um 19.30 Uhr** in unserer Geschäftsstelle. Genaues Datum: s.u.: [Link Aktuelle Termine](#)

● Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

● **Jeden Dienstag ab 17.00 Uhr:**

Beratung durch Rechtsanwältin zu Hartz IV (Sozialrecht), Verbraucherrecht, Schuldnerfragen und Wohnen
Anmeldung erbeten unter (030) 70 09 67 41

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

HERAUSGEBER: DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Redaktion: Hans Schoenefeldt, V.i.S.d.P. Franziska Brychcy

Kontaktadressen

Bezirksgeschäftsstelle Die LINKE Steglitz-Zehlendorf,
Schildhornstra 85a, 12163 Berlin,
Tel: 030-70 09 67 41,
E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de

Linksfraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,
Rathaus Zehlendorf,
Kirchstr. 1/3, 14163 Berlin, Raum A12,
Tel.: 030/90299-5987,
E-Mail: kontakt@linksfraktion-sz.de

Bürger*innenbüro, Franziska Brychcy (MdB),
Hindenburgdamm 58. 5, 12203 Berlin, Raum 555,
Telefon: 0176-47 18 21 44,
E-Mail: brychcy@linksfraktion-berlin.de,
Sprechzeiten: nach Vereinbarung

Aktuelle Termine unter: <http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

